

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Europausschuss**

16. WP - 49. Sitzung

am Mittwoch, dem 19. November 2008, 10 Uhr,  
im Sitzungszimmer 138 des Landtags

### **Anwesende Abgeordnete**

Astrid Höfs (SPD)

Vorsitzende

Rolf Fischer (SPD)

Niclas Herbst (CDU)

Hartmut Hamerich (CDU)

Nicolas Herbst (CDU)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hans Müller (SPD)

Manfred Ritzek (CDU)

Jutta Scheicht (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

### **Weitere Abgeordnete**

Anke Spoorendonk (SSW)

### **Fehlende Abgeordnete**

Anna Schlosser-Keichel (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Aktuelles aus Brüssel</b>	<b>5</b>
Berichterstatter: Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa	
<b>2. Schleswig-Holstein in Europa: Europapolitische Schwerpunkte der Landesregierung 2008 - Europabericht 2008</b>	<b>8</b>
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/1983	
<b>3. Bericht über die Ostseeaktivitäten der Landesregierung 2007/2008 (Ostseebericht 2008)</b>	<b>9</b>
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/2132	
<b>4. Bericht über die Ostseestrategie der Landesregierung</b>	<b>10</b>
Berichterstatter: Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa	
<b>5. a) Wirtschaftliche Effekte der erneuerbaren Energien für Schleswig-Holstein</b>	<b>12</b>
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/1944	
<b>b) Nordseekooperation - Erneuerbare Energien in Schleswig-Holstein</b>	
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/1946 (neu)	

- |           |   |           |
|-----------|---|-----------|
| <b>6.</b> | <b>Öffnungsklausel im Grundgesetz für Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern in der Minderheitenpolitik</b> | <b>13</b> |
|           | Antrag der Abgeordneten des SSW<br>Drucksache 16/2149   |           |
| <b>7.</b> | <b>Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie</b>   | <b>14</b> |
|           | Antrag der Fraktion der FDP<br>Drucksache 16/2112   |           |
| <b>8.</b> | <b>Terminplanung für das kommende Halbjahr</b>  | <b>15</b> |
| <b>9.</b> | <b>Verschiedenes</b>  | <b>16</b> |

Die Vorsitzende, Abg. Höfs, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Aktuelles aus Brüssel**

Berichterstatter: Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa

Zunächst stellt M Döring Frau Kriston als neue stellvertretende Leiterin der Abteilung Europaangelegenheiten vor. Er fährt mit den aktuellen Themen aus Brüssel fort. Im Bereich Klima- und Energiepaket gehe es vor allem um die Entkopplung von Strom und Gaserzeugern und den Betreibern der Versorgungsnetze. Die Europäische Union arbeite darauf hin, diese Entkopplung zu erreichen. Eine Einigung werde im kommenden Jahr erwartet.

Das Klima- und Energiepaket der Europäischen Union sehe unter anderem vor, bis 2020 die Energieeffizienz um 20 % zu steigern, den Anteil regenerativer Energien am Gesamtenergiemix um 20% zu steigern und den CO<sub>2</sub>-Ausstoß um 20 % zu verringern.

Beim Handel mit Emissionen gebe es zahlreiche Interessen, unter anderem von osteuropäischen Staaten, zu einer Verringerung der Anteile zu kommen. Der Richtlinienentwurf zur Abtrennung und Speicherung von CO<sub>2</sub> sei weniger umstritten. Das IFM-GEOMAR arbeite zurzeit an Projekten zur Umsetzung.

Des Weiteren gehe es um die Überprüfung der Energiestrategie, in der vor allem Elemente zur Steigerung der Energieeffizienz von Gebäuden und eine breite Einführung der Kraftwärmekopplung im Mittelpunkt stünden. Für Schleswig-Holstein sei in diesem Zusammenhang auch ein Offshore-Netz von Windkraftanlagen in der Nordsee interessant. Die derzeit installierten 1,5 Gigawatt Kraftwerksleistung sollten deutlich gesteigert werden.

Das Energiepaket insgesamt solle beim Europäischen Rat im Frühjahr 2009 beschlossen werden.

Auf eine Frage des Abg. Matthiessen zu den geplanten Mengen der CCS-Einlagerung führt M Döring aus, es seien insgesamt zwölf Pilotanlagen geplant. Er bietet an, schriftlich nachzureichen, welche Menge abgeschieden und eingelagert werden solle.

Zur Agrarpolitik führt M Döring aus, diese sei in den Jahren 2003 und 2004 grundlegend reformiert worden. Man habe die Zahlungen von der Produktion entkoppelt, die Reform greife in immer mehr Bereichen. Ziel sei es gewesen, den Erzeugern mehr unternehmerische Freiheit zu gewähren. Die Überproduktion sei zurückgegangen, und die Zahlungen würden zudem mit der Einhaltung von Umweltstandards verknüpft, es gebe eine Cross-Compliance-Regelung. Neue Herausforderungen seien unter anderem die Förderung von Innovationen und der Milchsektor.

Ein weiterer Konfliktpunkt sei die progressive Modulation, die besonders Großbetriebe betreffe. Die Haltung der EU-Staaten dazu sei uneinheitlich, die meisten sprächen sich jedoch für eine Festlegung für mehrere Jahre aus. Die französische Ratspräsidentschaft strebe eine Einigung noch in diesem Jahr an. Insgesamt gebe es aber sehr divergente Meinungen.

Im Bereich Justiz- und Innenpolitik spielten in der französischen Ratspräsidentschaft besonders die Themen Einwanderung und Asyl eine große Rolle, unter anderem auch, weil Frankreich als Mittelmeeranrainerstaat direkt von illegaler Zuwanderung betroffen sei. Es gehe in diesem Zusammenhang auch um die gezielte Einwanderung und um Themen wie die EU-Blue-Card.

Im Bereich der Justiz- und Innenpolitik gebe es zudem den Vorschlag der Verbraucherschutzkommissarin Kuneva, ein Sammelklagerecht für Verbraucher einzuführen. Dies müsse jedoch genau geprüft werden, um amerikanische Verhältnisse im Verbraucherrecht zu verhindern.

Zum gerade zu Ende gegangenen Weltfinanzgipfel in Washington, bei dem sich die G20-Staaten getroffen hätten, erläutert M Döring, dort sei ein Aktionsplan beschlossen worden, um die gegenwärtige Krise zu bewältigen und künftige Krisen zu verhindern. Darüber hinaus gehe es um die Abwendung einer globalen Rezession und die Unterstützung der ärmsten Länder durch den Währungsfonds. Es sei beschlossen worden, die Markttransparenz durch globale Standards zu verbessern und die nationalen Aufsichtsstrukturen zu stärken. Darüber hinaus müssten die Rating-Agenturen reguliert und beaufsichtigt werden. Auch eine Regulierung und Beaufsichtigung der Hedgefonds und eine Erarbeitung internationaler Standards zur Liquiditätssicherung sei vorgesehen. Erste Maßnahmen, die von den Finanzministern der Mitgliedstaaten umgesetzt würden, sollten bis zum 31. März 2009 eingeleitet werden. Es sei insgesamt positiv zu bewerten, dass man sich so schnell auf einen Aktionsplan habe einigen können, im Detail gingen die Meinungen der Staaten jedoch noch auseinander. Es stünden nach wie vor schwierige Verhandlungen aus, eine Möglichkeit der Einflussnahme bestehe über die Europäische Union.

Auf eine Frage des Abg. Matthiessen, an welche Instrumente man bei der Bekämpfung von Steueroasen denke, führt M Döring aus, er könne diese im Einzelnen noch nicht nennen, werde dazu aber zu gegebener Zeit noch einmal berichten. - Abg. Matthiessen regt an, dafür zu sorgen, dass große Geldinstitute keine Filialen in den Steuerparadiesen unterhalten könnten.

Im Ausblick weist M Döring auf das weitere Verfahren zum Vertrag von Lissabon hin. In Irland gebe es zurzeit eine knappe Mehrheit für den Vertrag, jedoch bestehe das Risiko, dass ein erneutes ablehnendes Votum den Vertrag obsolet mache. Hinzu kämen Probleme mit der polnischen und der tschechischen Seite.

M Döring bietet dem Ausschuss an, nach dem kommenden Europäischen Rat im Dezember den Ausschuss über die Ergebnisse zu unterrichten.

Auf eine Frage des Abg. Fischer zur bislang ungeklärten Situation des Verfassungsvertrags in Deutschland führt M Döring aus, dass zu erwarten sei, dass sich das Bundesverfassungsgericht zeitnah damit befassen werde.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Schleswig-Holstein in Europa: Europapolitische Schwerpunkte der Landesregierung 2008 - Europabericht 2008**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 16/1983

(überwiesen am 30. Mai 2008 zur abschließenden Beratung)

Der Europaausschuss nimmt den Europabericht 2008, Drucksache 16/1983, abschließend zur Kenntnis.



Punkt 3 der Tagesordnung:

**Bericht über die Ostseeaktivitäten der Landesregierung 2007/2008  
(Ostseebericht 2008)**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 16/2132

(überwiesen am 18. Juli 2008 zur abschließenden Beratung)

M Döring verweist auf den Ostseebericht. Dieser sei in der Landtagsdebatte schon diskutiert worden, besonders im Hinblick auf die positive ökonomische Entwicklung im Ostseeraum. Ein besonderer Schwerpunkt sei auch die STRING-Kooperation mit Russland. Ein weiteres Ziel der Landesregierung sei eine noch stärkere Verknüpfung der EU-Förderprogramme mit den strategischen Zielen des Landtags. Auch die feste Fehmarnbelt-Querung könne in diesem Zusammenhang einen wichtigen Beitrag leisten.

Es gebe darüber hinaus eine ganze Reihe von Aktivitäten Schleswig-Holsteins in verschiedenen Gremien, zum Beispiel der BSSSC, in der Schleswig-Holstein im Bereich der Meerespolitik eine gute Expertise habe. M Döring geht auch auf die Repräsentanzen Schleswig-Holsteins im Ausland ein, zum Beispiel die Hanse Offices. In Danzig sei das dort vorhandene Schleswig-Holstein-Büro in ein neues Hanse Office umgewandelt worden. Dem Hanse Office in St. Petersburg, bei dem Hamburg die Federführung besitze, sei Mecklenburg-Vorpommern als drittes Land beigetreten. Die Schleswig-Holstein-Büros in den baltischen Ländern existierten nach wie vor, nur das Schleswig-Holstein-Büro in Malmö werde eingestellt, weil es seine Aufgabe, die Zusammenarbeit zu fördern, erfüllt habe. Eine Umschichtung der Mittel nach Kaliningrad sei geplant, wo die Präsenz des Landes wichtiger sei.

Der Ausschuss nimmt den Bericht über die Ostseeaktivitäten der Landesregierung, Drucksache 16/2132, abschließend einstimmig zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

### **Bericht über die Ostseestrategie der Landesregierung**

Berichterstatter: Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa

Zur Ostseestrategie trägt M Döring die in Anlage 1 zu diesem Protokoll angefügten Fakten vor.

Abg. Ritzek betont, dass es wichtig sei, in den entsprechenden Gremien wenige zentrale und sehr konkrete Ideen einzubringen und an deren Umsetzung zu arbeiten. Ein Projekt sei zum Beispiel die Einrichtung eines Lehrstuhls für marine Politik. Auf eine Frage, ob es für die Projekte zusätzliche Mittel geben werde, führt M Döring aus, die eindeutige Aussage der Kommissarin Danuta Hübner sei gewesen, dass es kein zusätzliches Geld geben werde. Die sei auch eine Bedingung der übrigen Mitgliedstaaten gewesen.

M Döring kündigt an, dem Ausschuss zu den Beratungen einige Dokumente zur Verfügung zustellen (Umdruck 16/3716). Diese Unterlagen sollten auch der Vorbereitung des Parlamentsforums Südliche Ostsee dienen. - Auf eine Frage der Abg. Spoorendonk zu Initiativen der Landesregierung, die Position im Ostseerat zu verbessern, betont M Döring, der Ostseerat sei ein Gremium, in dem die nationalen Regierungen zusammenarbeiteten. Schleswig-Holstein habe zwar Möglichkeiten der Einflussnahme und genieße Ansehen vor allem im Bereich der Meerespolitik, aber insgesamt seien die nationalen Regierungen federführend.

Abg. Spoorendonk plädiert dafür, sich nicht nur auf das Parlamentsforum Südliche Ostsee zu konzentrieren, da die gesamte Ostseeregion für Schleswig-Holstein von Bedeutung sei. Die Neustrukturierung des Sekretariats habe auch eine Veränderung der Aufgaben mit sich gebracht.

Auf eine Frage der Abg. Spoorendonk erläutert M Döring, die Struktur des Ostseerats habe sich dahingehend geändert, dass das Sekretariat koordinierende Funktionen stärker übernehmen solle. Auch der Ostseerat selbst solle eine stärker koordinierende Funktion in der Ostseeregion erhalten. Das sei auch die Position der Bundesregierung, die die Wichtigkeit dieses Gremiums erkannt habe.

Er bietet dem Ausschuss an, in einer der kommenden Ausschusssitzungen über die Entwicklungen zu berichten und vorzustellen, welche Überlegungen der Landesregierung es gebe, sich gegenüber der Bundesregierung in dieser Frage zu positionieren.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**a) Wirtschaftliche Effekte der erneuerbaren Energien für Schleswig-Holstein**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 16/1944

**b) Nordseekooperation - Erneuerbare Energien in Schleswig-Holstein**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 16/1946 (neu)

(überwiesen am 30. Mai 2008 an den Wirtschaftsausschuss und den Europaausschuss zur abschließenden Beratung)

Abg. Spoorendonk betont, dass Nordseekooperation mehr als das Thema erneuerbare Energien umfasse. Es gebe auch Kooperationsbemühungen mit dem Nordfriisk Instituut. Darüber hinaus habe die Region Friesland großes Interesse gezeigt, sich an der Ostseekooperation zu beteiligen. Sie plädiert dafür, in diesem Bereich auf einen Informationsaustausch hinzuwirken und die Region Friesland auch zu nutzen, um selbst in der Nordseekooperation Fortschritte zu machen.

Auf eine Frage des Abg. Matthiessen zu den Kosten der Schaffung eines Arbeitsplatzes im Bereich der erneuerbaren Energien betont Herr Schulz, Referent für Energiepolitik und Energierecht im Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Verkehr, dass es widersprüchliche Studien gebe. Man werde sich aber bemühen, Zahlen zu beschaffen.

M Döring betont, man wolle die Zusammenarbeit vorantreiben, allerdings sei Nordseekooperation ein schwieriger Prozess.

Abg. Fischer spricht sich dafür aus, das Thema Nordseekooperation in einer weiteren Sitzung des Europaausschusses zu vertiefen.

Der Europaausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung zu wirtschaftlichen Effekten der erneuerbaren Energien, Drucksache 16/1944, sowie Nordseekooperation - Erneuerbare Energien in Schleswig-Holstein, Drucksache 16/1946 (neu) abschließend zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung:

### **Öffnungsklausel im Grundgesetz für Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern in der Minderheitenpolitik**

Antrag der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 16/2149

(überwiesen am 17. Juli 2008 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Europaausschuss)

Abg. Fischer erläutert, die Große Koalition werde den Antrag aus sehr unterschiedlichen Gründen ablehnen. Vonseiten der SPD-Fraktion sei man der Ansicht, dass Minderheitenpolitik auch als gesamtstaatliche Aufgabe betrachtet werden könne. Hintergrund sei, dass es einige Länder mit autochthonen nationalen Minderheiten gebe. Es stehe nach wie vor im Raum, ob eine Aufnahme eines Minderheitenartikels ähnlich dem in der Schleswig-Holsteinischen Landesverfassung auch im Grundgesetz denkbar sei.

Abg. Spoorendonk bedauert, dass sich die regierungstragenden Fraktionen nicht darauf hätten einigen können, im Dialog zu bleiben und ein Verfahren zu entwickeln. Für Minderheitenpolitik als gesamtgesellschaftliche Aufgabe spreche ihrer Ansicht nach zum Beispiel auch die Tatsache, dass die Rahmenkonvention und die Sprachencharta von der Bundesebene ratifiziert worden seien. Es sei bedauerlich, wenn man sich nicht auf einen Kompromiss einigen könne, obwohl man insgesamt von der Richtigkeit der eigenen Minderheitenpolitik überzeugt sei.

Die Minderheitenbeauftragte beim Ministerpräsidenten, Caroline Schwarz, führt aus, eine Umfrage unter den Ländern habe ergeben, dass alle elf Länder, die auf die Umfrage geantwortet hätten, einer Bundesratsinitiative ablehnend gegenüberstünden.

Sie plädiert dafür, das wichtige Thema Minderheitenpolitik in anderer Form wiederaufzugreifen und bietet an, dem Ausschuss die Ergebnisse der Umfrage bei den elf Bundesländern zur Verfügung zu stellen.

Mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfiehlt der Europaausschuss dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss, dem Landtag den Antrag der Abgeordneten des SSW zur Öffnungsklausel im Grundgesetz für die Vereinbarung zwischen Bund und Ländern in der Minderheitenpolitik, Drucksache 16/2149, zur Ablehnung zu empfehlen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie**

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/2112

(überwiesen am 18. Juni 2008 an den **Europaausschuss** und den Wirtschaftsausschuss)

Mit Zustimmung des Antragstellers wird der Antrag der Fraktion der FDP für erledigt erklärt.

Punkt 8 der Tagesordnung:

### **Terminplanung für das kommende Halbjahr**

Abg. Höfs schlägt dem Europaausschuss vor, in der Zeit vom 8. bis zum 12. Juni 2009 die Informationsfahrt durchzuführen.

Abg. Matthiessen kritisiert, dass ein Termin für die Informationsreise vor der thematischen Festlegung beschlossen werden sollte.

Bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschließt der Ausschuss, eine Informationsreise im Juni 2009 durchzuführen. Abg. Höfs fordert die Fraktionen auf, bis zur nächsten Sitzung am 3. Dezember konkrete Vorschläge aus dem Bereich der für den Europaausschuss relevanten Themen zu machen.

Punkt 9 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Abg. Dr. Klug weist auf die vom IFM-GEOMAR angesprochene CCS-Technologie und die in diesem Rahmen mögliche EU-Förderung hin und bittet darum, das Thema in der nächsten Ausschusssitzung zu behandeln.

M Döring informiert die Ausschussmitglieder über eine Veranstaltung in Brüssel zum Thema maritimer Aktionsplan, die erfolgreich verlaufen sei. Professor Herzig vom IFM-GEOMAR habe dort eine sehr gute Präsentation gemacht und Kommissar Borg habe Schleswig-Holstein gelobt. Wichtig sei in diesem Zusammenhang, dass Schleswig-Holstein als kompetenter Partner in Fragen der Meereskunde wahrgenommen werde. Eine Stärkung des IFM-GEOMAR durch die Ernennung zum Nationalen Meeresinstitut sei sinnvoll, weil das IFM-GEOMAR bereits einen gewissen Stellenwert habe, den man durch diese Veränderung noch erhöhen könne.

Frau Waack stellt sich als neue Mitarbeiterin des Europareferats dem Europaausschuss vor.

Die Vorsitzende, Abg. Höfs, schließt die Sitzung um 11:35 Uhr.

gez. Astrid Abg. Höfs  
Vorsitzende

gez. Thomas Wagner  
Stellv. Geschäfts- und Protokollführer



MJAE – II ON 2

Marlene Rothe

Az.:

☎ 2636

Kiel, 13. November 2008

**Betr.:** **Sitzung des Europaausschusses des Landtages  
TOP 3 Bericht über die Ostseeaktivitäten der Landesregierung  
2007/2008 (Ostseebericht 2008)**

- Sachstand:**
- LT-Befassung am 18. Juli 2008
  - Bericht und Ostseepolitik der LReg wurden von CDU (Hamerich: „hervorragender Bericht“, „Ostseeaktivitäten der Landesregierung führen uns in die Spitzenposition“), SPD (Müller: „sehr inhaltsreicher und gut lesbarer Bericht“, „Aktivitäten, die die Handschrift Schleswig-Holsteins tragen“, „Aufgabenkomplex ist in guten Händen“) und SSW („gutes Nachschlagewerk, das belegt, wie vielfältig die Ostseeaktivitäten der Landesregierung sind“) gelobt.
  - Bericht wurde dem EU-Ausschuss zur abschließenden Beratung überwiesen
- Schwerpunkte Rede II M im Juli:**
- positive ökonomische Entwicklung des Ostseeraums
  - regionale Schwerpunktsetzung MJAE entspr. wirtschaftlichem Potenzial der Regionen (STRING-Kooperation, NW-Russland)
  - bessere Verknüpfung von Politik und EU-Förderprogrammen (INTERREG) strategisches Ziel unserer Arbeit
  - zusätzlich Schub durch Fehmarnbelt-Querung zu erwarten
  - politischer Rückenwind durch EU-Ostseestrategie
  - Ostseestrategie Chance für regionale Umsetzung der Europäischen Meerespolitik
  - Unterstützung hierfür auch durch neu gegründete Interregionale Gruppe Ostseeregionen im Ausschuss der Regionen  
→ Positionspapier zur EU-Ostseestrategie
- Aktuelle Entwicklungen:**
- wesentliches Thema der Ostseezusammenarbeit ist das Thema EU-Ostseestrategie (s. *Vorbereitung zu TOP 4*)